

# Indien im Überblick

zusammengestellt von Thomas Bärthlein

## Historisches Gesetz über Rechte am Wald

Am 18. Dezember hat das indische Parlament erstmals die Nutzungsrechte im Wald lebender Bevölkerungsgruppen, in der Regel Adivasis, gesetzlich anerkannt. Damit wird das Staatsmonopol auf den Wald, das die britischen Kolonialherren einführten, relativiert. Die koloniale Gesetzgebung hatte die Stammesbevölkerung, die schon vorher weitgehend aus den fruchtbaren Ebenen in die Wälder verdrängt worden waren, weiter marginalisiert. Auch im nachkolonialen Indien wurden viele Menschen, die im und vom Wald lebten, immer wieder von den Behörden als "Eindringlinge" vertrieben – bei der bisherigen Regelung fielen darunter alle, die nicht nachweisen konnten, dass sie vor 1980 in dem entsprechenden Waldgebiet lebten; das neue Gesetz hat 2005 als Sticht datum eingeführt. Gut acht Prozent der Inder gelten offiziell als *Adivasis*. Das neue Gesetz gilt aber nicht nur für sie, sondern auch für andere Waldbewohner. Kritiker befürchten, dass damit dem Missbrauch der Regelung durch die Holz-Mafia oder ortsfremde Immigranten (z.B. Bangladeschis in Assam) Vorschub geleistet werde. In der Debatte um das Gesetz kam es außerdem zu Interessenskonflikten zwischen *Adivasi*-Aktivisten und Naturschützern, die eine Gefahr für den Erhalt ohnehin bedrohter Nationalparks und anderer Waldgebiete in Indien sehen.

## Massaker an Hindi-sprachigen Migranten

Die assamesische Separatisten-Organisation ULFA hat Anfang Januar mehr als siebenzig Migranten, vorwiegend aus Bihar, in mehreren Massakern getötet. Offensichtlich will die ULFA, deren bewaffneter Aufstand mittlerweile 28 Jahre alt ist, damit politisches Kapital aus Überfremdungs-Ängsten in der Mehrheits-Bevölkerung schlagen. In kaum einem anderen indischen Bundesstaat ist der Anteil der namensgebenden Bevölkerungsgruppe kleiner: Nur knapp 58 Prozent der Einwohner in Assam gaben bei der Volkszählung 1991 Assamesisch als ihre Muttersprache an. Ähnlich wie in anderen Bundesstaaten im Nordosten ist vor allem die häufig illegale Immigration von Bengalen aus Bangladesch eine Ursache. 2003 waren in Assam schon einmal *Biharis* attackiert worden, was auch zu Racheakten gegen Assamesen in Bihar geführt hatte. Im Unterschied zu damals gab es diesmal aber keine öffentliche Solidarisierung mit der ULFA. Die Zentralregierung, die 2006 lange Zeit einen Waffenstillstand

mit der militanten ULFA eingehalten hatte, entschloss sich nach den jüngsten Massakern zu massiven Armee-Aktionen gegen die Separatisten.

## Neuer Landkonflikt in Westbengalen

Neben dem umstrittenen Autofabrik-Projekt in Singur (vgl. *Südasien* 4/2006) erschüttert ein neuer Konflikt zwischen Landbevölkerung und der industriefreundlichen Regierung Westbengalen. Diesmal geht es um eine Sonderwirtschaftszone in Nandigram im Distrikt Purbo Medinipur, in der sich indonesische Investoren ansiedeln wollen. Ähnlich wie in Singur kam es zu einer breiten Koalition der Gegner der kommunistischen Landesregierung – angeführt von der konservativen Oppositionsführerin Mamata Banerjee (*Trinamul Congress*), aber auch mitgetragen von der Kongresspartei, maoistischen Naxaliten und Islamisten. Auch in Nandigram gab es mehrere Tote bei Zwischenfällen. Die Opposition rief zu mehreren Generalstreiks in Westbengalen auf. Offensichtlich war eine schlechte Informationspolitik der Regierung mit schuld am Volkszorn: Es war der Eindruck entstanden, dass bis zu 200.000 Menschen für das Projekt umgesiedelt werden müssten.

## Kindermorde: Skandal in Noida

Immer neue Enthüllungen über eine Serie von Kindermorden in Noida, einem Vorort von Delhi, haben die Bevölkerung erbost. Mindestens 19 zerstückelte Kinderleichen wurden hinter einem Haus in Noida gefunden. Der Eigentümer des Hauses, ein Geschäftsmann mit guten politischen Verbindungen, und sein Hausangestellter sind unter dringendem Tatverdacht verhaftet worden. Die Motive sind bislang unklar; Spekulationen reichen von Kannibalismus bis Organhandel. Nach und nach stellte sich heraus, dass mehr als 30 Kinder in dem Dorf Nithari in der Umgebung seit längerem verschwunden waren. Die örtliche Polizei hatte die Vermisstenanzeigen der armen Bevölkerung jedoch nicht ernst genommen; zum Teil wurden sie nicht aufgenommen, Ermittlungen fanden kaum statt. Der Polizeichef von Noida wurde suspendiert, mehrere Polizisten entlassen. Da Noida zum Unionsstaat Uttar Pradesh gehört, wird damit gerechnet, dass die Landesregierung unter Mulayam Singh Yadav dort bei den Landtagswahlen im Frühjahr den Volkszorn zu spüren bekommen wird. Bei einem Gerichtstermin in Ghaziabad wurden die beiden Hauptangeklagten von

einem wütenden Mob krankenhaushausreif geschlagen. Der Fall Nithari hat eine breite Diskussion über das Versagen der Polizei und das Schicksal entführter Kinder ausgelöst. Schätzungen gehen davon aus, dass in Indien jährlich mehr als 10.000 Kinder verschleppt werden und nie wieder zu ihren Eltern zurückkehren.

### Urteil im umstrittenen Mordfall Jessica Lall

Am 20. Dezember hat der *High Court* in Delhi den Hauptangeklagten Manu Sharma wegen des Mordes an Jessica Lall 1999 zu lebenslanger Haft verurteilt. Damit fand einer der politisch brisantesten Kriminalfälle der letzten Jahre seinen Abschluss. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Sharma Lall, ein Model und Kellnerin in einer Bar in Delhi, erschossen hatte, nachdem sie sich geweigert hatte, ihm noch einen Drink zu servieren. Der Fall hatte deswegen für Aufsehen gesorgt, da sich keiner der zahlreichen Zeugen vor Gericht an die Tat erinnert hatte – offensichtlich aus Angst vor Sharma und seiner Familie, denn er ist der Sohn eines führenden Politikers der Kongresspartei. Im ersten Verfahren war Sharma denn auch freigesprochen worden, und erst massiver Druck durch die Medien hatte überhaupt zu einer Wiederaufnahme des Prozesses geführt.

### Laloo Yadav freigesprochen

Der Eisenbahnminister und frühere Ministerpräsident von Bihar ist im so genannten "Futtermittel-Skandal" vom Vorwurf der Unterschlagung und Korruption freigesprochen worden. Das Verfahren hatte mehrere Jahre gedauert. Yadav war deshalb als Ministerpräsident zugunsten seiner Frau Rabri Devi zurückgetreten.

### Kommunalistische Gewalt

Im Januar kam es in der Hightech-Metropole Bangalore zu mehrtägigen Unruhen zwischen Hindus und Muslimen. Als die Polizei das Feuer eröffnete, starb ein 11jähriger Junge. Zwischenzeitlich war eine Ausgangssperre in der Hauptstadt Karnatakas in Kraft. Die Gewalt wurde von der muslimischen *Peoples Front* des ehemaligen Congress-Politikers Sharief sowie dem militant-hinduistischen RSS geschürt. Sie entlud sich im Anschluss an Massenproteste gegen die Exekution Saddam Husseins im Irak. In Karnataka regiert die hindu-nationalistische BJP als Juniorpartner in einer Koalition mit der *Janata Dal* (Secular). Ende Januar gab es auch in der Stadt Gorakhpur in Uttar Pradesh, an der Grenze zu Nepal gelegen, mehrtägige Unruhen zwischen Hindus und Muslimen, bei denen minde-

stens zwei Menschen starben. Auch an anderen Orten in UP kam es zur Zeit der schiitischen Muharram-Prozessionen Ende Januar vereinzelt zu Gewalt zwischen Hindus und Muslimen.

### Tata übernimmt Corus

Nach monatelangem Tauziehen hat der größte indische Stahlkonzern, *Tata*, Ende Januar den britisch-niederländischen Konkurrenten *Corus* für 9,3 Milliarden Euro aufgekauft und sich damit gegen ein rivalisierendes Angebot eines brasilianischen Unternehmens durchgesetzt. Es handelt sich um die bislang spektakulärste Firmenübernahme durch eine indische Firma im Ausland. Die knapp 50.000 Arbeitsplätze bei *Corus* seien zunächst nicht in Gefahr, sicherte *Tata* zu. Analysten kritisierten den zu hohen Kaufpreis, und die *Tata*-Aktie verlor in Bombay zunächst an Wert. Durch den Zusammenschluss entsteht der fünftgrößte Stahlkonzern der Welt. Der weltgrößte, *Arcelor-Mittal*, wird von dem indischstämmigen *Lakshmi Mittal* kontrolliert, hat aber seinen Firmensitz in Europa.

### Narmada-Staudamm eingeweiht

Der größte der Staudämme am zentralindischen Narmada-Fluss, der Sardar-Sarovar-Damm, ist im Januar in einer feierlichen Zeremonie "der Nation übergeben" worden. Anwesend waren die Ministerpräsidenten von Gujarat und Madhya Pradesh. Der Damm stand über viele Jahre im Zentrum massiver Kritik insbesondere bei Umweltschützern und *Adivasi*-Aktivisten. Vor allem in Gujarat soll die Bevölkerung von zusätzlicher Bewässerung und Elektrizität profitieren. Die Kritiker um die politische Aktivistin Medha Patkar führen dagegen an, dass das Projekt eine Million Menschen negativ betrifft und kritisieren, dass viele der Vertriebenen aus dem gigantischen Überflutungsgebiet immer noch nicht neu angesiedelt worden seien.

### Gericht verbietet Buchmesse im Zentrum Kalkuttas

Ein Gericht hat das Abhalten der renommierten jährlichen Buchmesse in Kalkuttas unmittelbar vor Beginn Ende Januar kurzfristig untersagt und die Genehmigungen durch die Landesregierung für nichtig erklärt. Die Open-Air-Messe auf dem zentralen Park-Gelände Maidan führe zu großen Umweltbelastungen, hieß es in der Begründung. Die zwöftägige Buchmesse ist mit mehr als 2,5 Millionen Besuchern einer der kulturellen Höhepunkte in der Region. Jetzt soll ein neues Messegelände in Kalkutta errichtet werden.